Stenographischer Bericht

35. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

IV. Periode — 25. Juni 1959.

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt wird die Abwesenheit des Lhstv. Dipl. Ing. Udier, LR. Pirrsch und der Abg. Bammer, Gruber, Kreml und Wegart (622).

Erteilung einesurlaubes an LAbg. Josef Gruber (622).

Auflagen:

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 78, Gesetz über die Wahl des Steiermärkischen Landtages (Landtagswahlordnung 1959);

Antrag der Abgeordneten Edda Egger, DDr. Stepantschitz, Koller und DDr. Freunbichler, Einl.-Zl. 267, betreffend die Errichtung eines ausreichenden Laboratoriums für Untersuchungen zwecks einer möglichst vollständigen Früherkennung des häufigsten Krebsanfalles der Frauen;

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 268, betreffend den Ankauf eines 2056 m² großen Grundstückes in Weiz zum Preis von 185.000 S zwecks Erweiterung des Arealis für das projektierte neue Amtsgebäude in Weiz (623).

Eingelangt:

Ersuchen der Bezirkshauptmannschaft Weiz um Zustimmung zur behördlichen Strafverfolgung des LAbg. Ökonomierat Ferdinand Berger wegen Verdachtes einer Verwaltungsübertretung (623).

Zuweisungen:

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 78, und das Auslieferungsbegehren, Einl.-Zl. 266, dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß;

Antrag, Einl.-Zl. 267, der Landesregierung;

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 268, dem Finanzausschuß (623).

Anträge:

Antrag der Abg. Karl Lackner, Ebner, Ertl und Dr. Rainer, betreffend die Übernahme der Straße von Amtsbrücke—Gumpenstein nach Raumberg als Landesstraße;

Antrag der Abg. Wurm, Fritz Matzner, Sebastian, Afritsch und Genossen, betreffend das Ausführungsgesetz für die Berufsschulen zum Pflichtschulhaltung-Grundsatzgesetz (623).

Verhandlungen:

1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 74, Gesetz über die Landesumlage.

Berichterstatter: Abg. Hofmann (623).

Redner: Abg. DDr. Hueber (623), LH. Krainer (624).

Annahme des Antrages (625).

2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 75, Gesetz über die Aufhebung des Familienlastenausgleichsbeitrags-gesetzes.

Berichterstatter: Abg. Hofmann (625).

Annahme des Antrages (625).

3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 258, betreffend Ge-

währung von außerordentlichen Zulagen an Ruhe- und Versorgungsgenüßempfänger.

Berichterstatter: Abg. DDr. Freunbichler (625).

Annahme des Antrages (625).

4. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 260, betreffend die Genehmigung außerplanmäßiger Ausgaben für die Gewährung einer Subvention an die Erzdiözese Salzburg für den Wiederaufbau des Domes in Höhe von 50.000 S.

Berichterstatter: Abg. DDr. Stepantschitz (625).

Annahme des Antrages (626).

5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 261, betreffend die Genehmigung außerplanmäßiger Ausgaben für die Gewährung einer Subvention an die Caux-Bewegung in Höhe von 10.000 S.

Berichterstatter: Abg. Hofbauer (626).

Annahme des Antrages (626).

6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 257, betreffend die Bestätigung der Wahl des Oberkurators und des Oberkurator-Stellvertreters der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark für die laufende Funktionsperiode.

Berichterstatter: Abg. Ebner (626).

Annahme des Antrages (626).

7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 76, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 5. Dezember 1956, LGBl. Nr. 24/1957, in der Fassung des Gesetzes vom 15. November 1958, LGBl. Nr. 24/1959, über die Umlegung des Aufwandes für Ausgleichszulagen nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, und nach dem Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 292/1957, auf die Fürsorgeverbände außer Kraft gesetzt wird.

Berichterstatter: Abg. Hofmann (626).

Annahme des Antrages (627).

8. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 247, betreffend den Antrag der Marktgemeinde Übernahme auf Übernahme der Bahnhofstraße als Landesstraße.

Berichterstatter: Abg. Karl Lackner (627).

Annahme des Antrages (627).

9. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 259, betreffend den Antrag auf Erklärung des Straßenzuges Eibiswald—Skutnik—Einmündung in die Unterörauberger Bundesstraße Nr. 80 bei Lavamünd (Koralpenstraße) als Bundesstraße bei gleichzeitiger Übernahme der Gaberl-Bundesstraße Nr. 77 als Landesstraße im Falle deren Auflassung als Bundesstraße.

Berichterstatter: Ing. Koch (627).

Redner: Abg. Vinzenz Lackner (627).

Annahme des Antrages (628).

10. Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über die Regierungsvorlage zum Antrag der Abgeordneten Franz Sturm, Peter Edlinger, Hans Brandl, Bert Hofbauer und Genossen, Einl.-Zl. 141, betreffend Erklärung des Bezirkes Murau zum Bangseuchen-Bekämpfungsgebiet.

Berichterstatter: Abg. Edlinger (628).

Redner: Abg. Ebner (628).

Annahme des Antrages (629).

11. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 253, betreffend den Bericht des Rechnungshofes vom 18. Jänner 1959, Zl. 4600—10/1958, über das Ergebnis der Überprüfung der Gebarung der Stadtgemeinde Leoben.

Berichterstatter: Abg. Hofbauer (629).
Annahme des Antrages (629).

12. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über das Ersuchen des Bezirksgerichtes Leibnitz, Einl.-Zl. 264, um Zustimmung zur Strafverfolgung des LAbg. Dr. Emmerich Assmann wegen Übertretung gegen die Sicherheit des Lebens nach § 335 StG.

Berichterstatter: Abg. Dr. Rainer (629).
Annahme des Antrages (630).

13. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 73, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 13. Juni 1953, LGBl. Nr. 31, über die Berechnung und Einhebung der Gemeindeverbandsumlage neuerlich abgeändert wird.

Berichterstatter: Abg. Hegenbarth (630).
Annahme des Antrages (630).

14. Mündlicher Bericht des Volksbildungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 65, Gesetz über die Errichtung, Erhaltung und Auflassung der öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen in Steiermark (Steiermärkisches Pflichtschülerhaltungsgesetz).

Berichterstatter: Abg. Dr. Rainer (630).
Redner: Abg. DDr. Hueber (630), LR. DDr. Schachner-Blazizek (634), LR. Dr. Koren (636).
Annahme des Antrages (637).

Beginn der Sitzung: 16 Uhr 5 Minuten.

1. Präsident **Wallner**: Hoher Landtag! Ich eröffne die 35. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder des Bundesrates.

Entschuldigt haben sich: Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Tobias Udier, Landesrat Ferdinand Pirrsch, Abg. Franz Wegart, Abg. Josef Gruber und Abg. Bammer.

Anläßlich der Einladung zu dieser Landtagssitzung habe ich bekanntzugeben, daß wir uns heute mit den von den Landtagsausschüssen erledigten Verhandlungsgegenständen befassen werden.

In den letzten zwei Tagen haben nun der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß, der Gemeinde- und Verfassungsausschuß, der Finanzausschuß, der Landeskulturausschuß und der Volksbildungsausschuß die Beratungen über eine größere Anzahl von Verhandlungsgegenständen abgeschlossen. Diese Verhandlungsgegenstände können wir auf die heutige Tagesordnung setzen, und zwar:

1. die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 74, Gesetz über die Landesumlage;

2. die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 75, Gesetz über die Aufhebung des Familienlastenausgleichsbeitragsgesetzes;

3. die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 258, betreffend die Gewährung von ao. Zulagen an Ruhe- und Versorgungsgenüßempfänger;

4. die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 260, betreffend die Genehmigung außerplanmäßiger Ausgaben für die Gewährung einer Subvention an die Erzdiözese Salzburg für den Wiederaufbau des Domes in Höhe von 50.000 S;

5. die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 261, betreffend die Genehmigung außerplanmäßiger Ausgaben für die Gewährung einer Subvention an die Caux-Bewegung;

6. die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 257, betreffend Bestätigung der Wahl des Oberkurators und des Oberkurator-Stellvertreters der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark für die laufende Funktionsperiode;

7. die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 76, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 5. Dezember 1956, LGBl. Nr. 24/1957, in der Fassung des Gesetzes vom 15. November 1958, LGBl. Nr. 24/1959, über die Umlegung des Aufwandes für Ausgleichszulagen nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, und nach dem Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 292/1957, auf die Fürsorgeverbände außer Kraft gesetzt wird;

8. die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 247, betreffend den Antrag der Marktgemeinde Gröbming auf Übernahme der Bahnhofstraße als Landesstraße;

9. die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 259, betreffend den Antrag auf Erklärung des Straßenzuges Eibiswald—Skutnik—Einmündung in die Unterdrauburger Bundesstraße Nr. 80 bei Lavamünd (Koralpenstraße) als Bundesstraße bei gleichzeitiger Übernahme der Gaberl-Bundesstraße Nr. 77 als Landesstraße im Falle deren Auflassung als Bundesstraße;

10. die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 141, zum Antrag der Landtagsabgeordneten Franz Sturm, Peter Edlinger, Hans Brandl, Bert Hofbauer und Genossen, betreffend Erklärung des Bezirkes Murau zum Bangseuchen-Bekämpfungsgebiet;

11. die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 253, Bericht des Rechnungshofes vom 18. Jänner 1959, Zl. 4600—10/1958, über das Ergebnis der Überprüfung der Gebarung der Stadtgemeinde Leoben;

12. das Ersuchen des Bezirksgerichtes Leibnitz, Einl.-Zl. 264, um Zustimmung zur Strafverfolgung des Landtagsabgeordneten Dr. Emmerich Assmann wegen Übertretung gegen die Sicherheit des Lebens nach § 335 StG.;

13. die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 73, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 13. Juni 1953, LGBl. Nr. 31, über die Berechnung und Einhebung der Gemeindeverbandsumlage neuerlich abgeändert wird;

14. die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 65, Gesetz über die Errichtung, Erhaltung und Auflassung der öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen in Steiermark (Steiermärkisches Pflichtschülerhaltungsgesetz).

Ich nehme die Zustimmung zu dieser Tagesordnung an, wenn kein Einwand erhoben wird. (Pause.) Ein Einwand wird nicht erhoben.

Der Herr LAbg. Josef Gruber ersucht in einem Schreiben vom 8. Juni 1959 um einen Urlaub für die Zeit vom 21. Juni bis 3. August 1959 zum Zweck einer Studienreise. Ich beantrage, diesem Ansuchen stattzugeben und ersuche die Abgeordneten die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschlecht.)

Der Antrag ist angenommen.

Es liegen folgende Geschäftsstücke auf:

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 78, Gesetz über die Wahl des Steiermärkischen Landtages (Landtagswahlordnung 1959);

der Antrag der Abgeordneten Edda Egger, DDr. Stepantschitz, Koller und DDr. Freunbichler, Einl.-Zl. 267, betreffend die Errichtung eines ausreichenden Laboratoriums für Untersuchungen zwecks einer möglichst vollständigen Frühsterfassung des häufigsten Krebsbefalles der Frauen;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 368, betreffend den Ankauf eines 2056 m² großen Grundstückes in Weiz zum Preis von 185.000 S zwecks Erweiterung des Areals für das projektierte neue Amtsgebäude in Weiz.

Ich gebe bekannt, daß die Bezirkshauptmannschaft Weiz einen Antrag auf Zustimmung zur behördlichen Strafverfolgung des Landtagsabgeordneten Okonomierat Ferdinand Berger wegen Verdachtes einer Verwaltungsübertretung gestellt hat.

Ich nehme die Zuweisung aller aufliegenden Geschäftsstücke und des vorerwähnten Auslieferungsbegehrens vor, wenn kein Einwand erhoben wird.

Ein Einwand wird nicht erhoben.

Ich weise zu:

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 78, und das Auslieferungsbegehren, Einl.-Zl. 266, dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß;

den Antrag, Einl.-Zl. 267, der Landesregierung;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 268, dem Finanzausschuß.

Ich nehme die Zustimmung zu diesen Zuweisungen an, wenn kein Einwand erhoben wird.

Ein Einwand wird nicht erhoben.

Eingebracht wurden folgende Anträge und Anfragen:

1. Antrag der Abg. Karl Lackner, Ebner, Ertl und Dr. Rainer, betreffend Übernahme der Straße Amtsbrücke—Gutenstein—Frauenberg;

2. Antrag der Abg. Wurm, Fritz Matzner, Sebastian, Afritsch, betreffend das Ausführungsgesetz für die Berufsschulen zum Pflichtschulerhaltungsgrundsatzgesetz.

Die gehörig unterstützten Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Wir gehen zur Tagesordnung über.

1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 74, Gesetz über die Landesumlage.

Berichterstatter ist Abg. Hofmann. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Hofmann: Hoher Landtag! Der Finanzausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Vorlage, Einl.-Zl. 255, betreffend das Gesetz über die Landesumlage, eingehend beschäftigt. Dabei wurde festgestellt, daß das Gesetz deshalb notwendig ist, weil das Finanzausgleichsgesetz für 1959 nicht so wie der Landesvoranschlag

bereits 1958 im Dezember beschlossen werden konnte, sondern erst im April 1959 verlaublich wurde.

Dieses Finanzausgleichsgesetz hat nun Rückwirkungen auf unser Budget und besonders auf die Landesumlage. Es ist den meisten Mitgliedern des Hohen Hauses bekannt, daß wir eine Umlage von 19% beschlossen haben und nach dem Finanzausgleichsgesetz, es ist dies das Grundsatzgesetz, das bis 1963 Gültigkeit haben soll, wurde der Prozentsatz mit höchstens 16 festgesetzt. Es ist im Finanzausschuß darüber debattiert worden, ob man nicht den Höchstsatz von 16% senken kann. Es wurde festgestellt, daß den Gemeinden durch dieses Finanzausgleichsgesetz zwar 40% der Gewerbesteuer genommen wurde, sie aber andererseits Ertragsanteile bekommen und außerdem für die Gemeinden das sogenannte Bundespräzipium wegfällt.

Außerdem ist zu bedenken, daß durch die Übernahme der Lasten durch das Land nach einem Gesetz, das wir beschlossen haben, nämlich dem Jugendwohlfahrtsgesetz, die Gemeinden nicht weniger als 5 Millionen Schilling ersparen. Aus diesem Grunde wurde im Finanzausschuß beschlossen, die Regierungsvorlage unverändert anzunehmen und beim Höchstsatz von 16% zu bleiben.

Ich bitte das Hohe Haus, dem Antrag des Finanzausschusses die Zustimmung zu erteilen.

Abg. DDr. Hueber: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Das Gesetz über die Landesumlage ist im Zusammenhang mit dem Landesvoranschlag wiederholt zur Debatte gestanden. Es ging in den vorangegangenen Jahren um die Umwandlung vom abgestuften Bevölkerungsschlüssel auf den Steuerkraftschlüssel, welche Umwandlung auch tatsächlich für das Jahr 1958 und damit auch für die folgenden Jahre vorgenommen worden ist.

Heute, meine Damen und Herren, geht es um den Hebesatz, um jenen Prozentsatz, mit dem die Landesumlage von den Ertragsanteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben eingehoben werden soll. Die Gesetzesvorlage sieht einen Hebesatz von 16% vor. Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, in Erinnerung bringen, daß der Höchstsatz nach dem früheren Finanzausgleichsgesetz für die Landesumlage 20% gewesen ist, und zwar 20% der Ertragsanteile der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben abzüglich des Bundespräzipiums, das ja der Bund zunächst als ein sogenanntes Notopfer, dann aber als einen sogenannten Vorzugsanteil den Gemeinden und Ländern abgezogen hat. Dieser Höchstsatz von 20% wurde bisher vom Landtag gegenüber den steirischen Gemeinden nicht angewendet. Solange noch der abgestufte Bevölkerungsschlüssel gegolten hat, war der Hebesatz für Gemeinden unter 5000 Einwohner 18% und erst bei Gemeinden über 5000 Einwohner 20%. Nach der Umwandlung auf den Steuerkraftschlüssel war der Hebesatz 19%. Es war dies offenbar ein Mittel zwischen dem früheren Hebesatz von 18 und 20%. Die Fraktion der Freiheitlichen Partei Österreichs ist nachhaltig für eine Herabziehung des Hebesatzes auf 18% eingetreten. Sie ist aber anlässlich der Beratungen des Landesvoranschlages 1958 mit diesem Herabsetzungsan-

trag nicht durchgedrungen und sie hat, um die Umstellung vom abgestuften Bevölkerungsschlüssel auf den Steuerkraftschlüssel zu ermöglichen, der Gleichziehung des Hebesatzes auf 19⁰/₀ zugestimmt. Ich habe Ihnen das deshalb in Erinnerung gerufen, weil ich damit dartun wollte, daß das Land Steiermark den Gemeinden gegenüber den Höchstsatz für die Landesumlage bisher noch nie zur Anwendung gebracht hat.

Und nun zum Höchstsatz des neuen Finanzausgleichsgesetzes! Das neue Finanzausgleichsgesetz sieht einen Höchstsatz von 16⁰/₀ vor. Das ist nicht etwa eine Ermäßigung, sondern das ist lediglich die Gleichziehung. Die Gleichziehung deshalb, weil die Bemessungsgrundlage sich auf Grund des neuen Finanzausgleichsgesetzes erhöht hat. Es ist ja, wie ich schon eingangs mir erlaubt habe darauf hinzuweisen, der Vorzugsanteil des Bundes gefallen. Und die sich daraus ergebende Erhöhung der Bemessungsgrundlage wurde durch die Herabsetzung bzw. richtiger durch die Neufestsetzung des Hebesatzes auf 16⁰/₀ ausgeglichen.

Die gegensätzliche Vorlage aber, die im Finanzausschuß gegen unsere Stimmen beschlossen wurde, sieht nun die völlige Ausschöpfung des Höchstsatzes vor. Wie Sie aus den Bemerkungen zur Regierungsvorlage entnehmen können, würde die Umrechnung der ursprünglichen 19⁰/₀ ungefähr 15⁰/₀ nach der neuen Gesetzeslage ausmachen. Es würde also ein Hundertsatz von ca. 15¹/₂⁰/₀ dem früheren Hebesatz von 19⁰/₀ entsprechen.

Meine Damen und Herren, die Freiheitliche Partei Österreichs hat, um wenigstens den bisherigen Status und das bisherige Ausmaß zu erhalten, den Antrag im Finanzausschuß eingebracht, an Stelle des Hebesatzes von 16⁰/₀ einen Hebesatz von 15⁰/₀ zu beschließen. Die Freiheitliche Partei Österreichs ist mit diesem Antrag im Finanzausschuß nicht durchgedrungen, er wurde abgelehnt. Man hat also das neue Finanzausgleichsgesetz zum Anlaß genommen, um die Landesumlage auf den nunmehr zulässigen Höchstsatz zu steigern und die Gemeinden um die ihnen bereits eingeräumte und die ganzen Jahre hindurch geübte Ermäßigung zu bringen. Wir von der Freiheitlichen Partei stellen keineswegs in Abrede, daß der neue Finanzausgleich den Gemeinden gewisse Verbesserungen gebracht hat. Die Berechnungen haben ergeben, daß den steirischen Gemeinden auf Grund des neuen Finanzausgleichsgesetzes etwa 45 Millionen mehr zukommen werden. Aber diese Verbesserung, die den Gemeinden hier zuteil wird, soll doch wohl nicht vom Hohen Landtag zum Anlaß genommen werden, um nunmehr den Höchstbemessungssatz auszuschöpfen und den Gemeinden die ihnen bereits eingeräumte Ermäßigung wieder zu nehmen.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, nicht zu vergessen, daß unsere steirischen Gemeinden vielfach schwer um die Erfüllung ihrer Aufgaben ringen und daß sie auf die ihnen zukommenden Ertragsanteile und auch auf die durch den Finanzausgleich verbesserten Ertragsanteile angewiesen sind. Jede Schmälerung beeinträchtigt unseres Erachtens die ohnehin bis auf das Äußerste angespannte Leistungsfähigkeit unserer Gemeinden.

Da unser Antrag, den Hebesatz von 16⁰/₀ auf 15⁰/₀ zu ermäßigen, abgelehnt wurde, sind wir nicht in der Lage, dem vorliegenden Gesetz über die Landesumlage unsere Zustimmung zu erteilen.

Landeshauptmann Krainer: Hohes Haus! Die Österreichische Volkspartei hat im Finanzausschuß dem Antrag ihre Zustimmung gegeben, obwohl die volle Ausschöpfung des Hebesatzes von 16⁰/₀ sicher eine Erhöhung gegenüber den früheren 19⁰/₀ bedeutet. Die Zustimmung ist deshalb erfolgt, weil die Steiermärkische Landesregierung und das Land Steiermark gegenüber den Gemeinden eine sehr großzügige Haltung einnehmen.

Dieses Hohe Haus hat im vergangenen Jahr mit dem Voranschlag ein Gesetz beschlossen, die Aufgaben und Kosten, vor allem die Personalkosten des Jugendwohlfahrtsgesetzes zu übernehmen. Es sind da dem Lande allein mehr als 4¹/₂ Millionen Schilling Kosten erwachsen. Sie wissen alle, daß wir alljährlich um die Abgänge unserer Landeskrankenhäuser ringen. Die Aufgaben des Gesundheitsdienstes sind in der Steiermark über die Landeskrankenhäuser im besten Sinne des Wortes gewährleistet und diese Krankenhäuser sind wiederum, bis auf wenige Ausnahmen, Landeseigentum und werden vom Lande betrieben. Diese Abgänge, die mehr als 60 Millionen Schilling im heurigen Jahr betragen, könnten auch auf die Gemeinden abgewälzt werden. In verschiedenen anderen Ländern sind es die Gemeinden, die diese Kosten tragen, während dem Lande überhaupt kaum eine Pflicht zur Deckung eines Abganges oder Kosten erwachsen. Wir sind also gegenüber den Gemeinden, wo wir können, auch in der Förderung, großzügig.

Das Schulerhaltungsgesetz bestätigt es wiederum: Auch hier hat das Land Lasten übernommen und daher ist es verständlich, daß der Ausschöpfung der Landesumlage nach dem Finanzausgleichsgesetz im Sinne des Antrages die Zustimmung gegeben werden mußte. Es ist da kein Zweifel, daß durch ein neues Finanzausgleichsgesetz die Gemeinden beachtliche Mehreingänge aufzuweisen haben und eine Verbesserung der Finanzlage der Gemeinden eingetreten ist. Wir wollen daraus nicht folgern, daß wir ihnen deshalb wieder etwas wegnehmen sollen. Weil wir auf anderen Gebieten den Gemeinden entgegenzukommen bereit sind, und zwar soweit als es möglich und tragbar ist, deshalb haben wir in diesem Falle dem Beschluß, den Höchsthebesatz einzuheben, die Zustimmung erteilt.

Ich möchte auch noch vermerken, daß wir ja geordnete Finanzen im Lande wollen, daß die Anforderungen an das Land laufend steigen und daß, wenn der Finanzreferent Ordnung halten will, wir ihm zubilligen müssen, daß er jede Quelle ausschöpft, die dem Lande zusteht. Das ist der Grund, daß wir heute, obwohl wir seinerzeit hart, nicht nur um den Einhebungsschlüssel, sondern auch um die Staffelung gekämpft haben, dafür sind, daß der Höchsthebesatz, der dem Lande zusteht, voll ausgeschöpft wird. (Beifall bei OVP und SPÖ.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite daher zur Abstimmung und er-

suche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 75, Gesetz über die Aufhebung des Familienlastenausgleichsbeitragsgesetzes.

Berichterstatter ist ebenfalls Herr Abg. Hofmann. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Hofmann: Hohes Haus! Dieses Gesetz, Einl.-Zl. 256, das beschlossen werden soll, betrifft auch finanzielle Lasten, die uns seinerzeit durch ein Bundesgesetz, das im Jahr 1955 beschlossen wurde, auferlegt wurden. Das Familienlastenausgleichsgesetz, das Finanzausgleichsgesetz, das vom Jahre 1959 an gilt, vom 1. Jänner bis einschließlich 31. Dezember 1963, also volle 5 Jahre hindurch, übernimmt diese Lasten, die früher vom Land auf die Gemeinden umgelegt werden mußten. Das ist auch eine Entlastung für die Gemeinden. Dieses Landesgesetz, das seinerzeit beschlossen werden mußte auf Grund eines Bundesgesetzes, ist heute illusorisch. Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Gesetzesvorlage beschäftigt und schlägt vor, daß das Gesetz folgendermaßen lauten soll:

„§ 1. Das Gesetz vom 23. Februar 1955 über die teilweise Umlegung des Landesbeitrages an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen auf die Gemeinden (Familienlastenausgleichsbeitragsgesetz), LGBl. Nr. 26, tritt rückwirkend mit 1. Jänner 1959 außer Kraft.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Kraft.“

Ich glaube, niemand im Hohen Haus wird sich sträuben, eine Entlastung zu beschließen, die in erster Linie die Gemeinden betrifft. Ich beantrage im Sinne des Beschlusses des Finanzausschusses, diesem Gesetz die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor. Ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Mitglieder des Hohen Hauses, die diesem Gesetz zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Das Gesetz ist angenommen.

3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 258, betreffend Gewährung von ao. Zulagen an Ruhe- und Versorgungsempfänger.

Berichterstatter ist Abg. DDr. Freunbichler. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. DDr. Freunbichler: Hoher Landtag! Verehrte Damen und Herren! Die Einlaufzahl 258 beinhaltet die Regierungsvorlage, betreffend die Gewährung von außerordentlichen Zulagen an Ruhe- und Versorgungsempfänger. Durch die 4. Novelle zum ASVG wurden die dort vorgesehenen Mindestleistungen für Pensionisten mit Wirkung vom ersten April 1959 erhöht. Diese nunmehr erhöhten Richtsätze betragen 600 S für Alters- oder Invaliditätsrenten und für Witwenrenten. Die-

ser Richtsatz erhöht sich um 225 S monatlich für die Ehegattin und um je 75 S für jedes unversorgte Kind und um 225 S für Waisenrenten. Er beträgt S 337'50 für Empfänger von Doppelwaisenrenten.

Diese Mindestleistungen in der gesetzlichen Sozialversicherung sind sicherlich die unterste Grenze des für die Lebenserhaltung erforderlichen Einkommens. Es gibt aber im Lande verschiedene Ruhe- und Versorgungsempfänger, die geringere Beträge monatlich ausbezahlt erhalten, so daß es sicherlich am Platze ist, daß die Bezüge, die diese Ruhe- und Versorgungsempfänger erhalten, an die sogenannten Richtsätze der Sozialversicherung angepaßt werden. Eine solche Angleichung der Bezüge kann jedoch, da eine gesetzliche Grundlage nicht besteht, nur in der Form erfolgen, daß außerordentliche Zulagen gewährt werden. Nach einer erst jetzt abgeschlossenen Erhebung der Personalabteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung handelt es sich um 75 Personen, und zwar um 69 Versorgungsempfänger und um 6 Ruheempfangen. Für die Bedeckung des Mehraufwandes ist im Antrage vorgesorgt.

Der Finanzausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung ausführlich mit dieser Vorlage beschäftigt und ich habe die Ehre, Ihnen im Hohen Haus heute den aufliegenden Antrag, der geringfügige Änderungen aufweist, zur Beschlußfassung zu empfehlen. Die Änderungen sind folgende: Im 2. Abs. lit. b ist das Wort ‚Arbeitslosenfürsorge‘ durch das Wort ‚Arbeitslosenversicherung‘ zu ersetzen. Der im 2. Abs. lit. d mit dem Worte ‚soweit‘ beginnende Nachsatz ist nach links herauszurücken, so daß sich daraus ergibt, daß sich der Inhalt dieses Satzes auf lit. a bis d bezieht.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

4. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 260, betreffend die Genehmigung außerplanmäßiger Ausgaben für die Gewährung einer Subvention an die Erzdiözese Salzburg für den Wiederaufbau des Domes in der Höhe von 50.000 S.

Berichterstatter ist Abg. DDr. Stepantschitz. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. DDr. Stepantschitz: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Salzburger Dom ist in den letzten Kriegstagen durch Bombentreffer schwer beschädigt worden und sein Wiederaufbau hat große Kosten verursacht. Da die Bedeutung des Domes weit über die engeren Landesgrenzen hinausreicht, hat sich die Erzdiözese Salzburg an das Land Steiermark mit der Bitte um Gewährung einer Subvention gewendet. Auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Finanzausschusses darf ich Sie bitten, dem folgenden Antrag zuzustimmen.

„Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über die

Genehmigung außerplanmäßiger Ausgaben von 50.000 S unter der neu zu eröffnenden Post 354,714 „Förderungsbeitrag für den Wiederaufbau des Salzburger Doms“ sowie deren Bedeckung wird im Sinne des § 32 Abs. 2 des Landesverfassungsgesetzes genehmigend zur Kenntnis genommen.“

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist angenommen.

5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 261, betreffend die Genehmigung außerplanmäßiger Ausgaben für die Gewährung einer Subvention an die Caux-Bewegung in der Höhe von 10.000 S.

Berichterstatter ist Abg. **H o f b a u e r**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Hofbauer:** Hohes Haus! Die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 261, behandelt die Genehmigung außerplanmäßiger Ausgaben für die Gewährung einer Subvention an die Caux-Bewegung von 10.000 S. Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 21. Mai 1959 auf Vorschlag des Herrn Landeshauptmannes Krainer den Antrag auf Einbringung der Vorlage gestellt. Die Subvention ist unter einer neu zu eröffnenden außerplanmäßigen Post 561,710 mit der Bezeichnung „Förderung der Caux-Bewegung“ zu verrechnen. Zur Bedeckung dieser außerplanmäßigen Ausgabe sind allgemeine Ausgabensparungen bzw. Mehreinnahmen gegenüber dem Landesvoranschlag 1959 zu binden. Soweit solche nicht zur Verfügung stehen sollten, wäre die Bedeckung aus der Betriebsmittelrücklage zu finden.

Der Finanzausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit dieser Vorlage befaßt und der Vorlage seine Zustimmung erteilt.

Namens des Finanzausschusses ersuche ich das Hohe Haus, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

Präsident: Keine Wortmeldung, wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist angenommen.

(2. Landtagspräsident Abg. **O p e r s c h a l l** übernimmt den Vorsitz.)

6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 257, betreffend die Bestätigung der Wahl des Oberkurators und des Oberkurator-Stellvertreters der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark für die laufende Funktionsperiode.

Berichterstatter ist Abg. **O s w a l d E b n e r**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Oswald Ebner:** Hohes Haus! Der Steiermärkische Landtag hat in seiner Sitzung am 29. Februar 1959 die Kuratoren für die Landes-

Hypothekenanstalt für Steiermark für die nächste Funktionsperiode mit 15. April 1959 bestellt bzw. gewählt. Dieses Kuratorium hat sich inzwischen konstituiert und einstimmig den Herrn Landtagspräsidenten Wallner zum Oberkurator und den Landtagsabgeordneten Friedrich Hofmann zum Oberkurator-Stellvertreter der Anstalt gewählt. Nach § 48 Abs. 3 der Satzungen der Landes-Hypothekenanstalt ist eine Bestätigung durch den Steiermärkischen Landtag hierfür notwendig.

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt und beantrage ich namens desselben:

„Die in der konstituierenden Sitzung des Kuratoriums der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark am 20. April 1959 vorgenommenen Wahlen des Herrn Landtagspräsidenten Ökonomierat Josef Wallner zum Oberkurator und des Herrn Landtagsabgeordneten Friedrich Hofmann zum Oberkurator-Stellvertreter der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark werden gemäß § 48 Abs. 3 der Anstaltsatzungen bestätigt.“

Ich empfehle namens des Finanzausschusses die Annahme dieses Antrages.

Präsident: Keine Wortmeldung. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Bericht des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist angenommen.

(1. Präsident Wallner übernimmt wieder den Vorsitz.)

7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 76, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 5. Dezember 1956, LGBl. Nr. 24/1957, in der Fassung des Gesetzes vom 15. November 1958, LGBl. Nr. 24/1959, über die Umlegung des Aufwandes für Ausgleichszulagen nach dem allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, und nach dem Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 292/1957, auf die Fürsorgeverbände außer Kraft gesetzt wird.

Berichterstatter ist Abg. **H o f m a n n**: Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Hofmann:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Nach Art. 4 des Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes 1959 übernimmt der Bund ab 1. Jänner 1959 die den Ländern, Bezirksfürsorgeverbänden und Gemeinden durch § 299 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 189/1955, in der derzeit geltenden Fassung, und durch § 97 des gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 292/1957, auferlegte Kostentragung für Ausgleichszulagen. Wir mußten als Landtag seinerzeit am 5. Dezember 1956 ein Gesetz beschließen, das die Aufbringung dieses Aufwandes für die Fürsorgeverbände und für das Land enthält. Durch die Übernahme der Kostentragung durch den Bund erscheint dieses Landesgesetz in der vorangeführten Fassung mit Wirkung vom 1. Jänner 1959 gegenstandslos. Der vorliegende Gesetzesantrag bezweckt deshalb die formelle Außerkraftsetzung dieses Landesgesetzes vom Jahre 1956.

Der Finanzausschuß hat sich eingehend mit dieser Vorlage beschäftigt und festgestellt, daß damit auch wieder eine Entlastung der Gemeinden, der Bezirksfürsorgeverbände und des Landes eintritt. Es ist bloß eine formelle Angelegenheit, daß man dieses Gesetz, welches nun gegenstandslos geworden ist, aufhebt. Ich beantrage daher, diesem Vorschlag des Finanzausschusses Ihre Zustimmung erteilen zu wollen.

Präsident: Keine Wortmeldung. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

8. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 247, betreffend den Antrag der Marktgemeinde Gröbming auf Übernahme der Bahnhofstraße als Landesstraße.

Berichterstatter Abg. Karl Lackner: Hohes Haus! Der Markt Gröbming in der Obersteiermark ist mit der Bahnstation durch eine 2.933 m lange Eisenbahnzufahrtsstraße verbunden. Diese Zufahrtsstraße stellt auch eine Verbindung zwischen der Landesstraße 261 (Pruggern—Gstatt) und der Ennstal-Bundesstraße her. Die Gemeinde Gröbming hat beantragt, diese sogenannte Bahnhofstraße in die Erhaltung und Verwaltung des Landes zu übernehmen.

Der Finanzausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung damit befaßt und stelle ich namens dieses Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle den in der Regierungsvorlage enthaltenen Antrag mit der Ergänzung beschließen, daß in der letzten Zeile nach dem Worte „am“ einzufügen ist: „1. Juli“.

Präsident: Keine Wortmeldung. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

9. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 259, betreffend den Antrag auf Erklärung des Straßenzuges Eibiswald—Skutnik—Einmündung in die Unterdrauburger Bundesstraße Nr. 80 bei Lavamünd (Koralpenstraße) als Bundesstraße bei gleichzeitiger Übernahme der Gaberl-Bundesstraße Nr. 77 als Landesstraße im Falle deren Auflassung als Bundesstraße.

Berichterstatter ist Abg. Ing. Hans Koch. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Ing. Koch: Hoher Landtag! Die gegenständliche Vorlage beinhaltet den Antrag an die Bundesregierung zur Übernahme der Landesstraße Eibiswald—Lavamünd. Sowohl das steirische Teilstück dieser Koralpenstraße bis zur Landesgrenze in einer Länge von 32,4 km, sowie das in Kärnten gelegene Teilstück, Landesgrenze bis Lavamünd, in einer Länge von 12 km, sind als Landesstraßen eingereiht. Sie sind zum größten Teil nur güterwegmäßig ausgebaut und weisen daher Anlageverhältnisse auf, die den heutigen Verkehrsanforderungen

nicht mehr entsprechen. Dieser 45 km lange Straßenzug hat 364 Kurven und stellt die ganze Strecke eigentlich nur Kurven dar. Das Land Steiermark hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Verbesserungen und Instandsetzungen vorgenommen, wie dies in gleicher Weise im Kärntner Teilstück erfolgt. Doch sind die durchgeführten Maßnahmen bei weitem nicht ausreichend und könnte eine Anpassung an die heutigen Verkehrsbedürfnisse nur durch die Übernahme in die Verwaltung des Bundes erfolgen. Für die verkehrsmäßige Bedeutung der Koralpenstraße sprechen folgende Umstände:

1. eine Übernahme des genannten Straßenzuges als Bundesstraße würde eine Lücke im Zuge der Grenzlandbundesstraße entlang der südlichen Staatsgrenze in den Bundesländern Steiermark und Kärnten schließen. Außerdem münden in Eibiswald 3 wesentliche Straßenzüge, nämlich die Grenzlandbundesstraße Radkersburg—Mureck—Eibiswald, dann die Sulmtalstraße, die von Leibnitz kommt und den Verkehr von der Oststeiermark aufnimmt und die 76er-Bundesstraße, die von Graz, Stainz, Deutschlandsberg nach Eibiswald führt. Ähnlich ist es auf der Kärntnerseite, wo einige wesentliche Straßenzüge liegen und diese Mündungen sollen alle mit dieser Koralpenhöhenstraße verbunden werden.

Der Ausbau dieses Straßenzuges ist auch für die Wirtschaft in diesem Notstandsgebiet von wesentlicher Bedeutung. Vor allem gilt dies für den Fremdenverkehr, der den ganzen mittleren und südlichen Teil der Steiermark weitgehend beleben könnte.

Da bis auf weiteres eine Neu-Übernahme von Landesstraßen in das Bundesstraßennetz vom Bundesministerium abgelehnt wird, besteht nur die Möglichkeit eines Straßentausches; dieser wäre etwa in der Auflassung der Gaberlstraße als Bundesstraße und in einer austauschweisen Übernahme der Koralpenstraße als Bundesstraße gegeben. Beide Straßen haben derzeit die gleiche Verkehrsdichte, während die Koralpenstraße wahrscheinlich in Zukunft eine wesentlich stärkere Verkehrsdichte aufweisen wird. Es ist auch zu erhoffen, daß diese Straße nicht nur übernommen, sondern auch baldmöglichst ausgebaut wird und daß mit den zu erwartenden Grenzlandförderungsmitteln vielleicht schon in diesem Jahre begonnen werden kann. Das Landesfinanzreferat hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt und die Zustimmung gegeben. Ebenfalls haben sich auch der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß und gestern auch der Finanzausschuß eingehend mit dieser Vorlage beschäftigt und namens des Ausschusses stelle ich den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: „Die Bundesregierung wird gebeten, die Landesstraße von Eibiswald bis Lavamünd als Bundesstraße zu übernehmen, falls die Gaberlstraße als Bundesstraße aufgelassen und vom Land Steiermark als Landesstraße übernommen wird.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Abg. Vinzenz Lackner: Nach Annahme dieser Gesetzesvorlage soll die Gaberlbundesstraße als Landesstraße deklariert werden. Die Notwendigkeit dieses Tausches hat der Herr Berichterstatter ausführ-

lich behandelt. Ich möchte nur namens der obersteirischen und der weststeirischen Bevölkerung die Bitte anknüpfen, daß die Gaberlbundesstraße, die derzeit im Ausbau begriffen ist, auch vom Lande weiterhin betreut u. der Ausbau dementsprechend vom Lande gefördert wird. Es ist dies die kürzeste Verbindung zwischen Ober- und Weststeiermark. Die Fahrzeit beträgt ungefähr ein Drittel der Zeit, die man benötigt, wenn man über Graz in die Weststeiermark gelangen will. Außerdem ist die Gaberlbundesstraße eine wichtige Verkehrsader für große bäuerliche Betriebe rundherum. Nebenbei bemerkt ist die Straße auch eine Fremdenverkehrsader, da viele Sommerfrischler das Gaberl- und Stubalpengebiet besuchen und außerdem dieses Gebiet auch im Winter einem großen Kreis der Bevölkerung als Skigebiet dient. 4 Postautobuslinien kennzeichnen die Wichtigkeit dieser Verbindung. In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß man sich bestreben soll, die Gaberlstraße auch im Winter nicht zu vernachlässigen, sondern schneefrei zu halten.

Die Bitte, den Ausbau weiter vorzutreiben, möchte ich an den zuständigen Referenten Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier gerichtet haben. (Beifall bei SPO.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die ihm zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

10. Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über die Regierungsvorlage zum Antrag der Abgeordneten Franz Sturm, Peter Edlinger, Hans Brandl, Bert Hofbauer und Genossen, Einl.-Zl. 141, betreffend Erklärung des Bezirkes Murau zum Bangseuchen-Bekämpfungsgebiet.

Berichterstatter ist Abg. Edlinger. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Edlinger:** Hohes Haus! Die Vorlage 141 aus 1958 beinhaltet einen wohl begründeten Antrag zur Erklärung des Bezirkes Murau zum Bangseuchen-Bekämpfungsgebiet. Der seinerzeitige Antrag wurde der Landesregierung zugewiesen. In der Zwischenzeit hat das Amt der Steiermärkischen Landesregierung in Verbindung mit dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft dieses Gebiet zum Bangseuchen-Bekämpfungsgebiet erklärt. Die Veterinärabteilung der Steiermärkischen Landesregierung hat inzwischen einen Bericht über die Tätigkeit dieser Bangbekämpfung der Landesregierung zukommen lassen.

Dem Bericht ist zu entnehmen, daß insgesamt 2470 landwirtschaftliche Betriebe erfaßt wurden, insgesamt 22.742 Rindern die Blutprobe genommen wurde, von welchen wieder 362 Stück positiv reagierten, 713 Stück waren fraglich. Der Schlachtung mußten 406 Rinder zugeführt werden, die Aktion ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Die gestrige Sitzung des Landeskulturausschusses hat sich mit diesem Bericht befaßt und bin ich beauftragt, Sie, verehrte Mitglieder des Hohen Hauses, zu ersuchen, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Abg. **Oswald Ebner:** Zu diesem Bericht ist es vielleicht nicht uninteressant über die gesamte Bangseuchenbekämpfung in der Steiermark einige kurze Mitteilungen zu machen. Es wurde, wie der Herr Berichterstatter schon erwähnt hat, der Bezirk Murau im Frühjahr 1958 als Bangseuchen-Bekämpfungsgebiet vom Ministerium aus festgestellt, nachdem zuvor bzw. gleichzeitig im Bezirk Liezen bereits auf freiwilliger Basis durch Anregung der Molkeereien im Zusammenhang mit der Milchverwertung für die amerikanischen Besatzungsmächte in Europa die Bangseuchenbekämpfung getätigt wurde. Wie gesagt, im Frühjahr 1958 wurden die Bezirke Liezen, Murau und Judenburg als Bangseuchen-Bekämpfungsgebiete vom Ministerium festgelegt und die Arbeiten soweit als notwendig in Angriff genommen. Der Herr Berichterstatter hat Ihnen vom Bezirk Murau die Ziffern genannt. Im Verlaufe des Jahres 1958 war es dann möglich, auch die übrigen Bezirke der Obersteiermark, und zwar Knittelfeld, Leoben, Bruck und Mürzzuschlag als Bangseuchenbekämpfungsgebiete deklariert zu erhalten, so daß nunmehr in der gesamten Obersteiermark die Bangseuche bekämpft wird. Es wurden bis zum 31. Mai dieses Jahres in 11.700 Betrieben — und hier ist der Bezirk Liezen nicht inbegriffen, nachdem das dort schon erfolgt war — 96.602 Rinder untersucht, und zwar nicht nur einmal, sondern mehrmals. Es wurden insgesamt 201.712 Blutproben entnommen.

Es würde zu weit führen, wenn ich hier Detailausführungen bringen würde. Das ist auch nicht so außerordentlich interessant als vielmehr die Tatsache, daß die Bekämpfung dieser Seuche zur Erhaltung der Volksgesundheit und zur Förderung des Fremdenverkehrs ganz wesentlich beiträgt. Von diesen untersuchten Rindern erwiesen sich 2582 als Reagenten, wovon bereits 2352 geschlachtet wurden. Es wird die Ausmerzung der kranken Tiere also rigoros durchgeführt und führt diese in einzelnen Betrieben oft zu schweren Opfern. Es ist auch als außerordentlich befriedigend zu bezeichnen und lobend hervorzuheben, daß die breite Masse der Bauernschaft dieser Seuchenbekämpfung aufgeschlossen gegenübersteht, weil sie weiß, daß sie für die Erhaltung der Volksgesundheit von großer Bedeutung ist. Ich darf daher von dieser Stelle aus den Dank an alle Viehbesitzer zum Ausdruck bringen. Diese Bekämpfungsmaßnahmen beanspruchen auch hohe finanzielle Mittel.

Es hat sich in den vergangenen Jahren der Landtag bei den Budgetberatungen immer wieder mit der Tuberkulosebekämpfung befaßt. Diese ist in diesen Bezirken der Bangseuchenbekämpfung vorausgegangen. Es war der einzige Bezirk Mürzzuschlag, der auf freiwilliger Basis die Bangseuchenbekämpfung gleichzeitig durchgeführt hat, mit der Begründung, daß tuberkulosebereinigte Bestände sich wieder Tiere angeschafft haben, die dann oft Bangseuche bekamen, so daß sie zweimal ihre Ställe leeren mußten. Das hält ein Betrieb oft nicht aus, auch wenn er öffentliche Beihilfen bekommt. Nun wird in vielen Gebieten die Tuberkulose- und Bangseuchenbekämpfung gleichzeitig durchgeführt. Die Landwirtschaftskammer, die mit der Veterinärabteilung des Landes in Belangen der Seuchenbekämpfung

fung zusammenarbeitet, hat sich entschlossen, daß in den nächstgelegenen Gebieten im heurigen Jahr wenigstens noch die Untersuchungen durchgeführt werden sollen, vorausgesetzt, daß die Mittel hiezu reichen. Man kann es nicht so genau sagen, aber man hofft, daß man anschließend an Mürzzuschlag nun die Bezirke Friedberg, Pöllau, Vorau, Birkfeld und Hartberg in Angriff nehmen kann, wobei letzterer bereits Tbc-bereinigt ist, so daß hier wieder ein mit den Almen zusammenhängendes Gebiet erfaßt wird. Als nächstes kommt dann die Weststeiermark daran, die auch wieder mit ihren Almen zusammenhängt, denn gerade durch die Almen ist ja die Seuchenübertragung immer wieder neu erfolgt. Daher ist es notwendig, daß man die Tiere der ganzen weststeirischen Almen auf einmal erfaßt, denn sonst stecken sie die anderen Tiere wieder an und das erfordert unnötige Kosten.

Soweit glaubte ich dem Hohen Haus berichten zu müssen. Ich möchte nur noch feststellen, daß sich der Tbc- und Bangbekämpfungsausschuß der Kammer bereits am 8. August 1957 mit der Frage, wo mit der Bangbekämpfung zu beginnen sei, beschäftigt hat. Es wurde damals beschlossen, wegen der geringeren Kosten Liezen vorzunehmen und anschließend Murau und Judenburg. Der Herr Landesveterinärdirektor hat einen Vorgriff gemacht, weil die Durchführungsverordnung zum Bangseuchen-Bekämpfungsgesetz noch nicht veröffentlicht war. Er hat damals diese drei Bezirke als Bangseuchen-Bekämpfungsgebiete in der Obersteiermark genannt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Keine Wortmeldung. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Bericht des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

11. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 253, betreffend den Bericht des Rechnungshofes vom 18. Jänner 1959, Zl. 4600-10/1958, über das Ergebnis der Überprüfung der Gebarung der Stadtgemeinde Leoben.

Berichterstatter ist Abg. Hofbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Hofbauer: Hohes Haus! Bei der Regierungsvorlage 253 handelt es sich um den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der Überprüfung der Gebarung der Stadtgemeinde Leoben. Der Rechnungshof hat die Gebarung der Stadtgemeinde Leoben für die Jahre 1955—1957 einer Überprüfung unterzogen und darüber Bericht an den Landtag erstattet. Zu diesem Bericht hat der Bürgermeister von Leoben am 26. März 1959 Stellung genommen.

Bei genauerer Einsicht in die Vorlage darf sachlich festgestellt werden, daß es sich hier um einen günstigen Bericht des Rechnungshofes handelt. Die Rechnungen über die vorgelegten Rechnungsabschlüsse für die erwähnten Gebarungsperioden sind nach Auskunft der berufenen Gemeindevertretungsorgane sowie zufolge mündlicher Erklärung des

Leiters des Stadtrechnungsamtes gegenüber dem Beauftragten des Rechnungshofes vollständig. Sie enthalten alle Aufzeichnungen über das Vermögen der Gemeinde, ihre Einrichtungen und die von ihr verwalteten wirksamen Gebarungen. Andere Gebarungen als die in den Rechnungen aufgezeichneten bestehen bei der Stadtgemeinde Leoben nicht.

Die ziffernmäßige Richtigkeit der Rechnungsabschlüsse wurde durch das städtische Kontrollamt gemäß § 62 der Gemeindeordnung überprüft und hierüber jeweils dem Herrn Bürgermeister Bericht erstattet. Die Rechnungen entsprechen im wesentlichen den Grundsätzen der Bilanzwahrheit und der Bilanzklarheit. Soweit zur Frage der Kontenreinheit Anlaß zu Bemerkungen gegeben war, wurden bereits die erforderlichen Absprachen mit der Rechnungsdirektion der Stadtamtes durchgeführt und die nötigen Veranlassungen getroffen. Eine neuerliche Erörterung einzelner Sachverhalte im Gegenstand erübrigt sich somit.

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich in seiner Sitzung am 23. Juni mit dieser Vorlage befaßt und derselben seine Zustimmung erteilt.

Ich darf nun namens dieses Ausschusses folgenden Antrag stellen:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Bericht des Rechnungshofes vom 18. Jänner 1959, Zl. 4600-10/58, über das Ergebnis der Überprüfung der Gebarung der Stadtgemeinde Leoben, die Stellungnahme des Bürgermeisters der Stadt Leoben vom 6. März 1959 und die hierauf ergangene Stellungnahme des Rechnungshofes (Zahl 1270-10/1959) werden zur Kenntnis genommen.

2. Dem Rechnungshof wird für die Überprüfung der Gebarung der Stadtgemeinde Leoben der Dank ausgesprochen.“

Ich bitte, dieser Vorlage die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor. Ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die ihm zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

12. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über das Ersuchen des Bezirksgerichtes Leibnitz, Einl.-Zl. 264, um Zustimmung zur Strafverfolgung des LAbg. Dr. Emmerich Assmann wegen Übertretung gegen die Sicherheit des Lebens nach § 335 StG.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Dr. Rainer: Hoher Landtag! Das Bezirksgericht Leibnitz hat an das Präsidium des Steiermärkischen Landtages das Ersuchen gestellt, den Abg. Dr. Emmerich Assmann wegen Übertretung gegen die Sicherheit des Lebens nach § 335 StG. auszuliefern. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich mit diesem Ersuchen beschäftigt und der Abg. Dr. Assmann hat den Wunsch ge-

äußert, ausgeliefert zu werden. Namens des Ausschusses stelle ich folgenden Antrag:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen: Dem Ersuchen des Bezirksgerichtes Leibnitz, der behördlichen Verfolgung des LAbg. Dr. Emmerich Assmann wegen Verdachtes einer Übertretung gegen die Sicherheit des Lebens nach § 335 StG. zuzustimmen, wird über dessen Wunsch stattgegeben.“

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor. Ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Mitglieder des Hohen Hauses, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

13. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 73, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 13. Juni 1953, LGBl. Nr. 31, über die Berechnung und Einhebung der Gemeindeverbandsumlage neuerlich abgeändert wird.

Berichterstatter ist Abg. H e g e n b a r t h. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Hegenbarth:** Hoher Landtag! Durch das Inkrafttreten des neuen Finanzausgleiches 1959, der auf 5 Jahre abgeschlossen wurde, ist das bisherige Landesgesetz über die Berechnung und Einhebung der Gemeindeverbandsumlage hinfällig geworden. Die Landesregierung hat eine neue Vorlage unterbreitet. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich in der letzten Sitzung mit der Vorlage befaßt und einstimmig beschlossen, dem Hohen Haus die Annahme der Vorlage zu empfehlen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor. Ich bringe daher den Antrag zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die ihm zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

14. Mündlicher Bericht des Volksbildungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 65, Gesetz über die Errichtung, Erhaltung und Auflöschung der öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen in Steiermark (Steiermärkisches Pflichtschulerhaltungsgesetz).

Berichterstatter ist Abg. Dr. R a i n e r. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Dr. Rainer:** Hohes Haus! Der Steiermärkische Landtag hat am 12. Juli 1958 nach langwierigen Beratungen das Steiermärkische Pflichtschulerhaltungsgesetz beschlossen. Der Bund hat dieses Gesetz beeinsprucht, und zwar gemäß Art. 98 Abs. 2 des Bundesverfassungsgesetzes. Gleichzeitig hat das Bundeskanzleramt eine Reihe von Empfehlungen und Bemerkungen mitgeteilt, welchen in der nun vorliegenden Regierungsvorlage Rechnung getragen wird. Der Einspruch richtet sich gegen Bestimmungen über den Schulbaufonds. Der Volksbildungsausschuß hat sich in mehreren Sitzungen mit diesem Gesetz beschäftigt und hat laut

Verzeichnis Nr. 39 der mündlichen Berichte einige Abänderungen vorgenommen, die Ihnen vorliegen.

Da bei der seinerzeitigen Beschlußfassung sowohl vom Berichterstatter namens des Volksbildungsausschusses als auch von mehreren Rednern die Bedeutung dieses Gesetzes gewürdigt wurde, kann ich mich kurz fassen und bitte Sie, dem vorliegenden Gesetzesentwurf mit den Abänderungen Ihre Zustimmung zu erteilen.

Abg. **Dr. Hueber:** Hoher Landtag! Der Steiermärkische Landtag hat knapp vor einem Jahr, und zwar in seiner Sitzung vom 12. Juli 1958 das Steiermärkische Pflichtschulerhaltungsgesetz bereits einmal verabschiedet. Die Verabschiedung dieses Gesetzes erfolgte damals unter einer gewissen Mißstimmung. Es haben die Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs mit allem Nachdruck gegen die Beratungsmethode, die bei Behandlung dieses Gesetzes angewendet wurde, protestiert und vor der Abstimmung über dieses Gesetz den Sitzungssaal verlassen, weil es ihnen durch die damalige Vorgangsweise nicht ermöglicht wurde, den vom Ausschuß vorgelegten Gesetzesentwurf richtig zu lesen, geschweige denn überhaupt in Beratung zu ziehen. Die Regierungsparteien haben die Beratung der Regierungsvorlage, als sich in fast allen wesentlichen Bestimmungen gegensätzliche Meinungen herausgestellt haben, aus dem zuständigen Volksbildungsausschuß in einen außerparlamentarischen Parteienausschuß verlegt, dort das Gesetz fertiggestellt und es im Volksbildungsausschuß nur mehr einer formalen Aufnahme unterzogen. (LH. K r a i n e r: „Das war ja die Regierung!“) Die weitgehend abgeänderte Regierungsvorlage wurde dann vom Landtag gegen den Einspruch der Freiheitlichen Fraktion unter Nichteinhaltung der in der Geschäftsordnung vorgesehenen 24stündigen Auflagefrist zum Beschluß erhoben. Man hat dem Protest der Freiheitlichen Fraktion den frivolen Einwand entgegengehalten, daß die Nichtbeteiligung der Freiheitlichen Partei Österreichs an der Gesetzesberatung dem Gesetze nicht geschadet hätte und daß der Hohe Landtag mit den Stimmen der beiden Regierungsparteien ein vortreffliches Gesetz beschlossen habe.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß dieser Einwand, der seitens des Sprechers der Sozialistischen Fraktion erhoben wurde, sich wohl nicht mehr aufrechterhalten läßt. Denn das Gesetz, das vom Landtag am 12. Juli 1958 beschloffen und verabschiedet worden ist, wurde von der Bundesregierung nicht nur beeinsprucht, sondern in zahlreichen Bestimmungen bemängelt und es mußte nicht nur dem Einspruch, sondern auch den Bemängelungen Rechnung getragen werden. Und so hat es nunmehr wieder rund 1 Jahr gedauert, bis die verbesserte Gesetzesvorlage dem Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt werden konnte. Es ist dies eine Verspätung von insgesamt 3 Jahren, denn das Gesetz hätte als Ausführungsgesetz innerhalb eines Jahres beschlossen werden sollen und nunmehr sind 4 Jahre verzogen, bevor der Steiermärkische Landtag in der Lage ist, hoffentlich endgültig, dieses wichtige Ausführungsgesetz zum Pflichtschulerhaltungsgesetz zu beschließen.

Meine Damen und Herren, nach Auffassung der Freiheitlichen Partei Österreichs ist es den Regierungsparteien, die wiederum das Gesetz vorwiegend in einem außerparlamentarischen Gremium beraten haben, nicht gelungen, noch vorhandene wesentliche Mängel dieses Gesetzes zu beseitigen. Es würde zu weit führen, hier ins Detail zu gehen. Ich möchte lediglich die grundsätzlichen Fragen aufzeigen, also in großen Zügen mir erlauben, als Sprecher der Opposition dieses Landtages an dem vorliegenden Gesetzesentwurf Kritik zu üben. Ich weiß, meine Damen und Herren, Sie hören nicht gerne Kritik (Zwischenrufe: „Aber ja! Gerne!“) aber Sie müssen es immerhin zur Kenntnis nehmen, daß eine parlamentarische Opposition nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet ist, Kritik an dem zu üben, was seitens der Regierungsparteien dem Landtag vorgelegt wird.

Ich möchte mit dem Problem des gesetzlichen Schulerhaltens beginnen. Es ging hier die Meinungsverschiedenheit dahin, ob Schulsitzgemeinde oder Schulgemeinde. Ich darf Sie daran erinnern, daß die Sozialistische Fraktion zunächst im Volksbildungsausschuß mit aller Entschiedenheit die Einrichtung der Schulgemeinde überall dort gefordert hat, wo der betreffende Schulsprengel über das Gebiet einer Ortsgemeinde hinausreicht und daß sich die Sozialistische Fraktion auf das Ausführungsgesetz des Landes Niederösterreich berufen hat, daß sie dieses Gesetz überhaupt der Beratung zugrundegelegt wissen wollte. Es soll unverhohlen bleiben, daß die wahre Liebe der Sozialisten sicherlich nicht beim Niederösterreichischen Pflichtschulhaltungsgesetz gelegen ist, sondern wohl beim Kärntner Pflichtschulgesetz. Das Kärntner Pflichtschulgesetz hat für die Errichtung und Erhaltung von Hauptschulen Schulgemeindeverbände vorgesehen und diese Schulgemeindeverbände als Art Gemeindeverbände auf den Bereich des ganzen politischen Bezirkes erstreckt. Damit wollten die Kärntner Sozialisten ihrem Idol der Gebietsgemeinde ein Stück näherkommen. (LR. DDr. Schachner-Blazizek: „Steht in der Verfassung!“) Die Vertretung des niederösterreichischen Gesetzes schien den Sozialisten gegenüber ihrem Koalitionspartner aber aussichtsreicher und deshalb haben sie zweifellos die jetzt dargelegte Kärntner Lösung nicht in Erörterung gezogen, sondern haben die Version des Niederösterreichischen Pflichtschulhaltungsgesetzes verfochten. Sie haben allerdings dann in den Verhandlungen mit der ÖVP die Segel gestrichen, denn der vorliegende Gesetzesentwurf sieht für die öffentlichen Volks- und Hauptschulen ausschließlich die Schulgemeinde als Schulerhalter vor.

Meine Damen und Herren, es ist notwendig, daß zu der Frage, ob Schulsitzgemeinde oder Schulgemeinde, noch Stellung genommen wird. Der Schulsitzgemeinde ist offenbar für die Volksschule der Vorzug zu geben, denn die Volksschule ist die Schule des Ortes und es wird hoffentlich kaum mehr Ortsgemeinden geben, die es bisher noch nicht zum Bau oder zur Erhaltung einer eigenen Volksschule gebracht haben. (1. LH.-Stellv. Horvatek: „Da sind Sie aber sehr schlecht informiert!“) Jedenfalls aber ist der Schulsitzgemeinde

für die Volksschule der Vorzug zu geben. Nicht aber kann das für die Hauptschule gesagt werden. Die Hauptschule ist ja seit jeher auf ein größeres Einzugsgebiet angelegt und für die Hauptschule hätte man wenigstens die Einrichtung der Schulgemeinde in Erwägung ziehen können, die das Grundsatzgesetz des Bundes ad libitum gestellt hat. Die Schulgemeinde hat sich gerade in der Steiermark Jahrzehnte hindurch bis zu ihrer Beseitigung durch Reichsvorschriften eingelebt und durchaus bewährt. Es sollen, wiewohl man von der Schulgemeinde seit 1938 bzw. 1939 abgegangen ist, heute noch diese Schulgemeinden in den Grundbüchern als Eigentümer einverleibt sein. Man hätte also unseres Erachtens keineswegs und ohne weiteres über diese bewährte Einrichtung der Schulgemeinde hinweggehen dürfen. Es wäre wenigstens die Schulgemeinde fakultativ in das Gesetz einzubauen gewesen. Fakultativ deshalb, um es den Gemeinden selbst zu überlassen, ob sie eine Schule in der Gemeinde errichten wollen oder ob sie, wie es sich ja bei den Hauptschulen bewährt hat, es vorziehen, auf die bewährte Einrichtung der Schulgemeinde zurückzugreifen. Eine derartige fakultative Bestimmung hätte unseres Erachtens den Interessen unserer Gemeinden und insbesondere dem Grundsatz der Gemeindeautonomie besser entsprochen. Wir wissen ja, daß sich vor der Errichtung einer Hauptschule die Gemeinden über die finanziellen Mittel verständigen müssen und daß erst nach einer solchen Vereinbarung das betreffende Landesgesetz über die Errichtung der Hauptschule beschlossen werden konnte. Wir wissen auch, daß nunmehr eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werden mußte, die diese Vereinbarungen der Gemeinden auflöst, weil man einer obligatorischen gesetzlichen Regelung den Vorzug gegeben hat. Es hätte also unseres Erachtens, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Einrichtung der Schulgemeinde in das Gesetz wenigstens in fakultativer Weise aufgenommen werden können.

Ein Wort nun zu den Schulerhaltsbeiträgen. Mit der Einrichtung der Schulsitzgemeinde fällt auch der Erhaltungsaufwand auf diese. Sofern andere Ortsgemeinden mit ihrem Gebiet ganz oder teilweise zum betreffenden Schulsprengel gehören, ohne selbst Schulerhalter zu sein, haben sie zur Bestreitung der Kosten des Schulsachaufwandes Schulerhaltsbeiträge an die gesetzlichen Schulerhalter zu leisten. Hier hat die Regierungsvorlage ursprünglich, und zwar im § 34 ein Übereinkommen der Gemeinden über die Schulerhaltsbeiträge vorgesehen. Es heißt hier: Der gesetzliche Schulerhalter kann mit den zum Schulsprengel der von ihm erhaltenen Schule ganz oder teilweise gehörenden Ortsgemeinden über die Schulerhaltsbeiträge ein Übereinkommen treffen. Die gesetzliche Aufteilung des Schulsachaufwandes war nur subsidiär vorgesehen. Der § 35 der ursprünglichen Regierungsvorlage besagt, daß, wenn ein Übereinkommen gemäß § 34 des Gesetzes nicht besteht, die Aufteilung der Kosten zur Bestreitung des Sachaufwandes für die öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen nunmehr gesetzlich erfolgt. Diese

subsidiäre gesetzliche Aufteilung und die primäre Anerkennung der freien Vereinbarungen zwischen den betreffenden Gemeinden ist ja auch in allen anderen Gesetzen vorgesehen und wir Abgeordnete der Freiheitlichen Partei Österreichs verstehen es nicht, was die Herren des Parteiengremiums veranlaßt hat, von dieser Regelung abzugehen. (Landeshauptmann Krainer: „Die Praxis, Herr Kollege!“) Ich bin kein Schulmann, ich kann hier nicht auf eine Praxis verweisen, Herr Landeshauptmann. Es galten bisher Vereinbarungen zwischen den Gemeinden und man sollte es doch um Gottes Willen den Gemeinden selbst überlassen, wie sie ihre Beiträge zur Erhaltung der betreffenden Schule erstatten wollen. Man soll doch solche Vereinbarungen zur Kenntnis nehmen, den Gemeinden es ermöglichen, auf Grund ihrer Autonomie im Wege einer Vereinbarung die Beiträge zu regeln und erst dann, wenn eine solche Vereinbarung nicht zustande kommt, eine gesetzliche Aufteilung durchführen. Sehen Sie, meine Damen und Herren, das vorliegende Gesetz sieht nur eine obligatorische gesetzliche Aufteilung der Schulerhaltungsbeiträge vor: An Stelle einer freien Vereinbarung mit einer sekundären gesetzlichen Regelung tritt ein überaus komplizierter gesetzlicher Aufteilungsschlüssel, der wiederum ein Kompromiß darstellt, und zwar ein Kompromiß zwischen den gegenteiligen Standpunkten der Regierungsparteien, das in seiner Art ein steirisches Unikum ist. Kein anderes Gesetz hat einen derart komplizierten Aufteilungsschlüssel in sich aufgenommen. Die Aufteilung der Schulerhaltungsbeiträge auf die zum betreffenden Schulsprengel gehörenden Ortsgemeinden hat nicht nur allein nach der Anzahl der die Schule besuchenden Kinder, sondern auch nach der Zahl der Wohnbevölkerung und nach der Finanzkraft der eingeschulften Gemeinden im Verhältnis 20:20:60 zu erfolgen. (LH. Krainer: „Wollen Sie die armen, kinderreichen Gemeinden strafen?“) Meine Damen und Herren, die anderen Landesgesetze haben entweder den Finanzkraftschlüssel genommen oder sind von der Zahl der die Schule besuchenden Kinder ausgegangen. Aber eine derartige Dreiteilung (LH. Krainer: „Es tut mir leid, daß Sie eine solche Auffassung haben!“) ist nichts anderes als ein ausgesprochenes Kompromißgericht aus der Koalitionsküche der Regierungsparteien. (1. LH-Stellv. Horvatek: „Wollen Sie eine Diktatur haben?“) Sie werden selbst zugeben, Herr Landeshauptmannstellvertreter, gestatten Sie mir den Ausdruck, daß das ein Kudelmudel zwischen drei ganz verschiedenen Auffassungen ist. Die meisten Bundesländer, auch Salzburg, sind von der Zahl der Kinder ausgegangen. Die Österreichische Volkspartei wollte hier die Finanzkraft zugrundelegen, die Sozialistische Partei ist auf die Wohnbevölkerung übergegangen. Aus diesen drei verschiedenen Meinungen wurde ein mixtum compositum mit dem Verhältnis 20:20:60. Wenn eine Ortsgemeinde zu mehreren Schulgemeinden eingeschult ist, so ist wiederum nur der dem jeweils eingeschulten Bevölkerungsteil entsprechende Teil der Finanzkraft zugrunde zu legen. Meine Damen und Herren, die mit der Berechnung dieser Schulerhaltungsbeiträge

beauftragten Beamten wollen wir natürlich nicht beneiden.

Nun zum Schulbaufonds. Auch eine Frage, die ja anfangs sehr umkämpft und umstritten war. Mit dem Pflichtschulerhaltungsgesetz wurde ein Schulbaufonds eingeführt, der zur Unterstützung der Ortsgemeinden als gesetzliche Schulerhalter hinsichtlich ihrer Schulaufbaulasten dienen soll. Diesem Schulaufbaufonds kommt nach der Gesetzesvorlage keine Rechtspersönlichkeit zu. Es steht nicht in der autonomen Verwaltung der Gemeinden, sondern soll allein von der Landesregierung verwaltet werden. Die Errichtung eines Schulbaufonds war bereits im Grundsatzgesetz vorgesehen und stellt zweifellos eine begrüßenswerte Einrichtung dar. Weniger begrüßenswert ist es, daß damit den steirischen Gemeinden neue Lasten aufgebürdet werden. In der ursprünglichen Regierungsvorlage sollten ja die Gemeinden zu einem Fonds des Landes ausschließlich die Beiträge im Verhältnis ihrer Finanzkraft erstatten. Gegen diese Vorlage sind die Sozialisten Sturm gelaufen. Es hieß so ungefähr: „Diese Bestimmung geht nur über unsere Leichen.“ Dann kam es zu den Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien. Man hörte dann, daß die ÖVP auf 50 Prozent Beteiligung der Gemeinden herabgegangen sei, also daß zu diesem Fonds das Land 50 Prozent und die Gemeinden 50 Prozent beitragen sollten. Dann wurden aber der Volksbildungsausschuß und der Hohe Landtag durch einen Aufteilungsschlüssel überrascht, der für die Beitragsleistung vorsah: 35 Prozent vom Land Steiermark, 30 Prozent von den Ortsgemeinden je nach ihrer Finanzkraft und 35 Prozent aus den Bedarfszuweisungsmitteln. Dieser Schlüssel wurde vom Hohen Landtag am 12. Juli 1958 angenommen.

Es war vorauszusehen, daß diese gesetzliche Bestimmung die Hürde des Verfassungsdienstes nicht nehmen konnte, denn sie war offensichtlich verfassungswidrig. Sie verstieß gegen die Bestimmung, Bedarfszuweisungsmittel nach dem im Finanzverfassungsgesetz vorgesehenen Zweck zu verwenden. (LR. DDr. Schachner-Blazizek: „Aber im niederösterreichischen Gesetz steht das drinnen, da war es nicht verfassungswidrig!“) Da hat der Verfassungsdienst wahrscheinlich geschlafen. Es scheint überhaupt so, als ob der Verfassungsdienst die vom Steiermärkischen Landtag vorgelegten Gesetze mit besonderem Augenmerk beobachtete. (LR. DDr. Schachner-Blazizek: „Sie sind aber auch erst jetzt darauf gekommen!“) Aber Herr Landesrat, ich bitte Sie, doch das Protokoll von der Sitzung vom 12. Juli 1958 nachzulesen. Wir haben doch damals protestiert, daß wir uns zu diesem Gesetz nicht äußern konnten, weil uns dieses Gesetz, das 58 Paragraphen umfaßt, unter Ausschaltung der 24stündigen Auflagefrist vor die Nase gelegt wurde. Wir sind erst heute in der Lage, dazu Stellung zu nehmen. Innerhalb der Jahresfrist, die Ihnen diese Eile gekostet hat, haben wir natürlich Gelegenheit gehabt, uns eingehend mit dieser Vorlage zu beschäftigen. Und nun wurde eine neue Regierungsvorlage ausgearbeitet, die eine für die

Gemeinden irgendwie hoffnungsvolle Regelung vorsah. Es wurde die Beitragsleistung folgend aufgeteilt: 65 Prozent vom Land Steiermark, 35 Prozent von den Ortsgemeinden. (1. LH.-Stellv. Horvatek: „Das war aber nur ein Wunschtraum!“) Herr Landeshauptmann, ich staune, daß Sie eine Regierungsvorlage als Wunschtraum bezeichnen, aber ich will Ihnen hier nicht widersprechen. (LH. Krainer: „Die Vorlage wurde vorbehaltlich der Stellungnahme des Landtages eingebracht!“) Es kam nun zu einer neuen Überraschung. Die Regierungsparteien haben sich in ihr Parteigremium zurückgezogen und sind nun mit folgender neuen Aufteilung gekommen ... (LH. Krainer: „Ist es denn verboten, daß sich Abgeordnete zur Aussprache über irgendeine Frage treffen?“) Das ist nicht verboten, aber es wäre immerhin richtig, (Zwischenruf bei SPO: „Wenn der Dr. Hueber dabei wäre!“) wenn das dann im Ausschuß erläutert werden würde, und wenn Wortmeldungen der Ausschußmitglieder der Regierungsparteien, die dort vertreten sind, erfolgen würden, so daß ein Abgeordneter der FPÖ, der dort nicht Sitz und Stimme hat, wenigstens in der Lage wäre, zu hören, was denn eigentlich der Sinn dieser Beschlüsse in den Parteiengremien war. Das erfährt man aber nicht. Aber man hört dann immer wieder die stereotype Redewendung der Frau Vorsitzenden: „Keine Wortmeldung.— Dann ist es so beschlossen.“ (Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, wollen Sie uns doch wenigstens hier Aufklärung geben, warum es wieder zu diesen Verschiebungen kam, warum den Gemeinden jetzt wieder 60 Prozent aufgelastet werden und das Land lediglich 40 Prozent in den Schulbaufonds einzahlt. Denn die Regierungsvorlage hatte ja, wie ich vorhin schon erwähnt habe 65 Prozent für das Land vorgesehen und man hat dort die Gemeinden dahin zu entlasten versucht, daß man Ihnen nur 35 Prozent vorgeschrieben hat. Nach der Vorlage, die jetzt beschlossen werden soll, sind es nun wieder 60 Prozent, die von den Gemeinden beizutragen sind. Ich habe gehört, die Landesregierung würde schon Mittel und Wege finden, aus den Bedarfszuweisungsmitteln doch noch gewisse Beträge diesem Fonds zufließen zu lassen, und man hat gemunkelt, die Landesregierung würde es schon irgendwie richten. Das Gesetz sieht aber vor, daß die Gemeinden in einen Fonds, den das Land allein verwaltet und über den das Land allein verfügt, 60 Prozent einzahlen sollen. (LH. Krainer: „Das ist ja nur die Höchstgrenze!“) Herr Landeshauptmann, wir haben schlechte Erfahrung gemacht mit der Höchstgrenze. Gerade vorhin bei der Landesumlage habe ich darauf hingewiesen, daß das Land sehr wohl die Höchstgrenze, wo es nur möglich ist, ausschöpft. (1. LH.-Stellv. Horvatek: „Aber das ganze ist ja doch eine freiwillige Leistung des Landes an die Gemeinden!“) Dem kann ich nicht zustimmen. (1. LH.-Stellv. Horvatek: „Wieso denn nicht?“) Wenn diesem Schulbaufonds keine Rechtspersönlichkeit zukommt und er ausschließlich von der Landesregierung nach dem Ermessen des Landes verwaltet wird, dann ist es zweifellos

eine Last, die den Gemeinden hier aufgebürdet wird, wenn sie in einen solchen Fonds 60 Prozent einzahlen sollen. (1. LH.-Stellv. Horvatek: „Ja, verstehen Sie denn nicht, das ist ja ein zweckbestimmter Fonds für die Gemeinden!“) Auch die Höhe ist nicht bestimmt. Man hat dem abgeholfen, indem man die Bestimmung eingeschaltet hat, daß die Höhe alljährlich vom Landtag mit dem Gesetz über den Landesvoranschlag neu festgesetzt wird.

Aber worauf es uns vor allem ankommt, ist folgendes: Wenn das ein Landesfonds ist, bei dem die Gemeinden nichts mitzureden haben, dann soll das Land auch die Mittel dafür tragen. Wenn aber die Gemeinden in diesen Fonds sehr wesentliche Beiträge, und zwar sogar 60 Prozent einzuzahlen haben, dann sollen die Gemeinden doch auch an der Verwaltung dieses Fonds beteiligt werden. Man müßte in diesem Fall dem Fonds doch Rechtspersönlichkeit zuerkennen wie in einer Reihe anderer Landesgesetze und man müßte ein Kuratorium einrichten und müßte die Gemeindevertretungen mit Sitz und Stimme einbauen. Es ist bei uns schon so in unserer Demokratie, daß jeweils der Stärkere den Schwächeren drückt, knebelt und schröpft; das ist beim Bund gegenüber den Ländern und leider auch so beim Land gegenüber den Gemeinden. Wir vermerken es sehr übel, daß hier im Hohen Hause, wo Bürgermeister als Abgeordnete sitzen, für die Gemeinden kein fürsprechendes Wort eingelegt wird. Uns Freiheitlichen geht es um die Gemeindeautonomie, um die Erhaltung der Gemeinde.

Wir empfinden es als Phrase, wenn stets hervorgehoben wird, daß die freie Gemeinde die Grundfeste des freien Staates ist. Das sind Worte, die immer wieder gesprochen werden, aber die Tatsachen sind anders. Die Finanzpolitik des Bundes erfolgt auf dem Rücken der Länder und Gemeinden und die Finanzpolitik des Landes auf dem Rücken der Gemeinden. Wir Freiheitlichen sehen uns mehr und mehr veranlaßt, Fürsprecher und Anwälte der Interessen der geknebelten steirischen Gemeinden zu sein. (1. LH.-Stellv. Horvatek: „Arme Gemeinden!“) Es ist gut, wenn wenigstens eine kleine Fraktion den Mut hat, für die Interessen der Gemeinden einzutreten, was von Bürgermeistern verabsäumt wird, wenn sie Landtagsabgeordnete geworden sind.

Nun noch ein Wort über die Schulausschüsse. Die durch Rechtsvorschriften abgeschafften Ortsschulräte sollten laut Behördenüberleitungsgesetz für jede Schulgemeinde wiederum eingerichtet werden, wurden aber durch das Pflichtschulerhaltungsgrundsatzgesetz endgültig fallen gelassen. Was den Bundesgesetzgeber dazu veranlaßt hat, ist uns unbekannt. Es war jedenfalls kein glücklicher Zug, der hier seitens der Bundesebene gesetzt wurde. Da sich die Ortsschulräte als demokratische Verwaltungsorgane des Schulvermögens durchaus bewährt haben und auch das Einvernehmen zwischen Gemeinde und Schule hergestellt werden soll, wurde im vorliegenden Pflichtschulerhaltungsgesetz die Bildung sogenannter Schulausschüsse vorgenommen, die sich aus Vertretern der beteiligten Gemeinden, Vertretern der anerkannten Religionsgemeinschaften sowie dem Schulleiter zusammensetzen und bei allen Maßnahmen des gesetzlichen Schulerhalters zur Errichtung,

Erhaltung und Auflassung von öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen zu hören sind. Aber, meine Damen und Herren, die Bezeichnung „Schulausschuß“, die Sie gewählt haben, erfolgt zu unrecht. Sie ist im gewissen Sinne sogar irreführend, denn diese sogenannten Schulausschüsse sind keine Ausschüsse, sondern sind ausgesprochene Beiräte. Sie sind Beiräte, da ihnen nur die beratende Mitwirkung an den Maßnahmen des Schulerhalters zukommt. Die Bildung von wirklichen Schulausschüssen, die eine verwaltende und nicht allein beratende Tätigkeit ausüben könnten, wäre nur dann möglich gewesen, wenn Sie in das Gesetz die Einrichtung der Schulgemeinden eingebaut hätten. Dort, wo die Länder Schulgemeinden haben, wie in Niederösterreich, und Schulausschüsse eingesetzt haben, dort sind das echte Ausschüsse, sind das Ausschüsse, die in der Lage sind, eine verwaltende und mitbestimmende Tätigkeit auszuüben und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das Entscheidende.

Es sind uns Klagen von Lehrern und Schulleitern zugekommen, die es sehr bedauert und beklagt haben, daß die Ortsschulräte aufgelassen worden sind. In diesen Ortsschulräten waren die Schulleiter als Fachexperten eingebaut, als eigentliche Fachkräfte, hier konnten sie mitbestimmen und mitbeschließen. Im Beirat sind diese Schulleiter lediglich darauf angewiesen, daß sie vom Gemeinderat bzw. vom Bürgermeister überhaupt gehört werden. Ein Beirat hat nichts zu bestellen. Man soll der Wahrheit die Ehre geben und nicht von einem Schulausschuß sprechen, wo in Wirklichkeit kein Schulausschuß da ist. Woraus sollen sich denn diese Schulausschüsse herauskristallisieren? Man soll den Begriff Beirat wählen, wenn man von diesem Schulbeirat spricht, um nicht die Auffassung aufkommen zu lassen, es hätten die Männer und Frauen, die in die Schulausschüsse entsendet werden, bestimmend mitzureden.

Die aufgezeigten Mängel an der Gesetzesvorlage sind nicht erschöpfend aufgezählt, aber sie erscheinen uns sehr wesentlich. Hervorheben möchte ich noch, daß das Gesetz mit einer dreijährigen Verspätung beschlossen wird, und das um so mehr, als die Berufsschulen in diesem Gesetz noch keine Regelung erfahren haben. So nennt sich dieses Gesetz zu Unrecht steirisches Pflichtschulerhaltungsgesetz, denn zu den Pflichtschulen zählen auch die gewerblichen Schulen. Jene Bundesländer, die von einem Pflichtschulerhaltungsgesetz sprechen, haben die Regelung des Berufsschulwesens ebenfalls im Gesetz vorgenommen. Der Titel „Steiermärkisches Pflichtschulerhaltungsgesetz“ täuscht, denn es ist ein Gesetz, das lediglich die Errichtung, Erhaltung und Auflassung der öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen in der Steiermark regelt. Das sind auch Pflichtschulen, es sind selbstverständlich Pflichtschulen, aber man kann nicht von einem Pflichtschulerhaltungsgesetz sprechen, wenn man einen wesentlichen Teil davon, das Berufsschulwesen, ungeregelt läßt. Eines verstehen wir überhaupt nicht mehr: Drei Jahre hat es gebraucht, bis das Gesetz über die Errichtung, Erhaltung und Auflassung der öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen beschlossen werden konnte. Wann werden wir aber die Regierungsvorlage über das Berufsschulwesen er-

halten? Werden wir das überhaupt noch erleben? (LH. Krainer: „Jawohl, ist schon unterwegs!“) Wir haben schon eine dreijährige Verspätung bei diesem Gesetz, eine Vorlage über die Berufsschulen ist überhaupt noch nicht in Sicht. Sie von der Sozialistischen Fraktion haben heute einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Ich wünsche nur, daß Sie mit diesem Antrag Erfolg haben, daß Sie mit diesem Antrag die mehr als überfällig gewordene Regelung der Errichtung, Erhaltung und Auflassung der gewerblichen Berufsschulen an das Tageslicht ziehen.

Ich möchte aber meine Ausführungen nicht früher schließen, ohne noch auf die schöngeistigen Ausführungen des Herrn Prof. Dr. Koren zurückzukommen. Herr Dr. Koren hat hier eine glänzende Rede gehalten und von den geistigen Mächten der Schulerhaltung gesprochen, dem wir nur beistimmen können. Er hat den Beifall des Hohen Hauses verdient und gefunden. In seiner Rede ist ein bedeutsamer Satz, den ich Ihnen in Erinnerung bringen möchte: „Von allem Anfang an waren die Beteiligten bestrebt, zu einem gemeinsamen Gesetz zu kommen, denn die Schule ist eine gemeinsame Angelegenheit des ganzen Volkes.“

Meine Damen und Herren! In diesem Hohen Haus sitzt auch eine Fraktion der Freiheitlichen Partei. Sie ist gewählt und getragen von 47.000 Wählern des Steirerlandes, darunter befindet sich auch eine Unzahl von Eltern und Lehrern. Von Lehrern die uns auch zugeschrieben haben und die an uns mit dem Ersuchen herangetreten sind, diesen oder jenen Gesichtspunkt, der sich aus ihrer jahrelangen Berufserfahrung ergeben hat, dem Hohen Landtag und insbesondere dem zuständigen Ausschuß zur Kenntnis zu bringen. Wir waren bei den Beratungen dieses Gesetzes ausgeschlossen. (Heftige Gegenrufe.) (LH. Krainer: „Was heißt ausgeschlossen?“) Es ist richtig, Sie haben den Volksbildungsausschuß so eng gezogen, daß die Freiheitliche Partei auf Grund des Proporztes dort nicht Sitz und Stimme hat. Sie hätten aber auch diesen Ausschuß so besetzen können wie den Finanzausschuß und den Kontrollausschuß, in denen wir wohl Sitz und Stimme haben. Es wäre Ihnen auch sonst möglich gewesen, die FPÖ zu hören, denn bei bedeutsamen Gesetzen sind wir ja immer eingeladen worden, die Meinung unserer Partei, die Meinung unserer 47.000 steirischen Wähler darzulegen. Das war bei der Verfassungsvernovelle so, das war beim Statut der Stadtgemeinde Graz so und das war bei anderen wichtigen Gesetzen auch nicht anders. Sie haben es aber nicht für notwendig gefunden, diese demokratische Gepflogenheit bei diesem bedeutsamen Gesetz zu üben.

Meine Damen und Herren, wir stellen nur abschließend fest: Dieses Gesetz ist von den Regierungsparteien allein beraten worden. (Rufe: „Jawohl.“) Es werden die Regierungsparteien daher auch dieses Gesetz allein beschließen müssen. Wir freiheitlichen Abgeordneten werden dem Gesetz nicht unsere Zustimmung geben. (Zustimmung bei FPÖ.)

Landesrat Abg. DDr. **Schachner-Blazizek**: Hohes Haus! Seien Sie unbesorgt, ich will Ihnen nicht zumuten, mir so lange zuzuhören wie dem Herrn Ab-

geordneter Dr. Hueber. Ich will es so kurz als möglich machen. Der Herr Abgeordnete Dr. Hueber hat die Vorlage in 5 Punkten angegriffen und ich will mich daher auf diese 5 Punkte beschränken.

Erstens hat der Herr Abgeordnete Dr. Hueber der Sozialistischen Fraktion vorgeworfen, daß sie gegenüber der Idee der Schulgemeinde die Segel gestrichen habe. Es ist richtig, daß wir uns von Anfang an für diese Idee eingesetzt haben, weil sie der bewährten herkömmlichen Form der Ortsschulräte und Bezirksschulräte der Schulerhaltungs- und Schulaufsichtsgesetze des vorigen Jahrhunderts entsprechen würde. Die Schulgemeinde hätte viele Vorteile gehabt, und zwar nicht nur für die Hauptschulen, sondern auch für die Volksschulen. Dem Herrn Abgeordneten Dr. Hueber dürfte es entgangen sein, daß es noch sehr viele Gemeinden und Gemeindeteile gibt, die auch hinsichtlich der Volksschule in andere Gemeinden eingeschult sind. Die Schulsprengel überschneiden sich mit den Gemeindegrenzen je nach dem zumutbaren Schulweg der Kinder. Ich muß sagen, Herr Abg. Dr. Hueber, wir haben nicht die Segel gestrichen, sondern wir sind mit unserer Meinung nicht durchgekommen. Wir sind deshalb nicht durchgekommen, weil sich auch Ihre Fraktion über diese Sache nie klar ausgedrückt hat. (Abg. DDr. Hueber: „Wo denn?“) Und weil im übrigen auch die von Ihnen vertretene Gruppe zu klein gewesen wäre, um uns eine solche Unterstützung zu geben, daß wir eine Mehrheitsauffassung für die Schulgemeinde hätten herbeiführen können. Daß Sie uns das zum Vorwurf machen, finde ich merkwürdig. Im übrigen glauben wir, daß man natürlich trachten mußte, überhaupt zu einer Lösung zu kommen und wir haben versucht, die unter den gegebenen Umständen beste Lösung herbeizuführen. Ihre Meinung, daß man die Schulgemeinde und die Schulsitzgemeinde fakultativ einführen hätte sollen, je nachdem, wie die Gemeinden es haben wollen, wäre für uns allerdings auch unerträglich gewesen, weil man die Einheit der österreichischen Verwaltung sowieso nur schwer genug aufrecht erhalten kann. Würde man fakultativ in einem Gebiet eine Schulgemeinde und in einem anderen die Schulsitzgemeinde einführen, so würde das die Zerstörung der schlechthin noch erhaltenen Einheit der Verwaltung zur Folge haben.

Zweitens hat sich Herr Dr. Hueber mit der Aufteilung der Schulerhaltsbeiträge auseinandergesetzt. Es sei äußerst schwierig und keine glückliche Lösung, daß vorgesehen wurde, die Schulerhaltsbeiträge im Verhältnis von 20:20:60 aufzuteilen. Und zwar 20 Prozent nach dem Bevölkerungsschlüssel, 20 Prozent nach der Anzahl der die Schule besuchenden Kinder und 60 Prozent nach der Steuerkraft. Der Herr Abg. Dr. Hueber hat die Beamten bedauert, die das ausrechnen müssen. Ich glaube aber, daß das gar nicht so schwierig ist. Die Summe wird einfach in Fünftel geteilt, das erste wird nach der Zahl der die Schule besuchenden Kinder, das zweite nach der Bevölkerungszahl und schließlich der Rest nach der Finanzkraft aufgeteilt. Man müßte fast annehmen, daß ihm Mathematik schwer fällt, wenn er das so außerordentlich schwierig findet. Ich bedauere, daß er glaubt, unsere Gemeinde-

beamten und Bürgermeister würden das nicht zustande bringen oder doch tagelang darüber schwitzen müssen, um einmal im Jahr diese Rechnung zu bewerkstelligen.

Drittens hat sich Herr Dr. Hueber damit auseinandergesetzt, daß der Schulbaufonds den Gemeinden eine neue Last aufbürdet und daß sich das Verhältnis gegenüber der ursprünglichen Regierungsvorlage verschlechtert hat. Er könne nicht verstehen, daß man einer derartigen Lösung zustimmt. Was ist nun faktisch geschehen? Vorher hat es einen solchen Schulbaufonds nicht gegeben. Die Gemeinden haben ohne diesen Fonds aus eigenen Mitteln die Schulen bauen müssen. Zukünftig wird das Land in diesen Fonds 40 Prozent der jeweiligen Dotation einzahlen und 60 Prozent werden die Gemeinden zu entrichten haben. Ich glaube, daß das eine wirkliche Verbesserung zugunsten der Gemeinden ist. Wenn Sie die Vorlage, die der Bund beansprucht hat, zum Vergleich heranziehen und sagen, damals hätten die Gemeinden nur 35 Prozent zu zahlen gehabt und jetzt müssen sie 60 Prozent zahlen, dann sind Sie auf dem Holzwege. Denn nach der damaligen Vorlage hat das Land 35 Prozent eingezahlt und die Gemeinden hätten, wengleich zur Hälfte im Wege des Gemeindeausgleichsfonds, 65 Prozent zu zahlen gehabt. Jetzt zahlt das Land 40 Prozent und die Gemeinden zahlen nur 60 Prozent. Es ist also der Landesanteil gestiegen und der Gemeindeanteil gesunken. Die jetzige Regierungsvorlage ist, wie jede Vorlage bekanntlich, nur eine Diskussionsgrundlage gewesen. Die Regierung nimmt zu den Vorlagen überhaupt nicht Stellung. Vorlagen dieser Art werden bei Parteienvorbehalt einfach durch die Regierung geschleußt und auf schnellstem Weg denen zugemittelt, die darüber zu entscheiden haben, nämlich den Abgeordneten des Hohen Hauses.

Wir enthalten uns jeder Stellungnahme in der Regierung. Das werden alle Regierungsmitglieder bestätigen. Sicher ist jedenfalls, daß gegenüber dem im Vorjahr beschlossenen Gesetz der Landesanteil größer geworden ist und der von den Gemeinden aus Bedarfszuweisungen oder direkt zu tragende Anteil ist im gesamten kleiner geworden, auf 60 Prozent zurückgegangen, während er nach der vorjährigen Vorlage noch 65 Prozent war.

Viertens, die Frage, ob die Schulbaufonds (Abg. DDr. Hueber: „Ob die Gemeinden etwas mitzureden haben! Sie sind also einverstanden, daß die Gemeinden nur zu zahlen und nichts mitzureden haben.“) (LH. Krainer: „Wir können einen solchen Standpunkt einnehmen, wir können mit unseren Leuten auch besser reden.“) (Abg. DDr. Hueber: „Wie lange noch?“) (Zwischenruf bei ÖVP: „Bis Sie stärker sind!“) (Abg. DDr. Hueber: „Das sind wir von Wahl zu Wahl geworden und Sie werden immer schwächer, das sind Tatsachen.“) Sie zwingen mich, zeitlich das Hohe Haus etwas länger in Anspruch zu nehmen, nicht nur wegen der Zwischenrufe, sondern weil Sie mich dadurch indirekt auffordern, zur Frage Stellung zu nehmen, ob die Gemeinden bei der Verwaltung des Schulbaufonds mitwirken sollen. Sie sind übrigens in Ihrer Forderung noch weiter gegangen. Sie haben gewünscht,

daß ein autonomer Schulbaufonds, der in autonomer Verwaltung der Gemeinden liegt, gebildet werden soll. (Abg. DDr. Hueber: „Land und Gemeinden.“) Der Fonds wird nicht so groß sein, daß man 870 steirische Gemeinden heranziehen muß, um leider nur wenige Millionen durch sie verwalten zu lassen. Ich glaube, es sind schon viel wichtigere Aufgaben der Landesregierung überantwortet worden. Da den Gemeinden ja 40 Prozent des Schulbaufonds vom Lande gegeben werden, glaube ich nicht, daß die Gemeinden sich durch den neuen Schulbaufonds oder die Art seiner Verwaltung gefährdet oder bedrängt sehen werden. Die Autonomie der Gemeinden in allen Ehren, aber einen solchen Fonds durch autonome Organe verwalten zu lassen, würde unsere Verwaltung um vieles komplizierter machen und der Verwaltungsvereinfachung geradezu entgegenwirken. Ich glaube aus Ihren in vielerlei Weise zum Ausdruck gebrachten Ausführungen zu anderen Gesetzen doch nicht annehmen zu können, daß Sie für eine solche Verkomplizierung und damit eigentlich gegen eine Verwaltungsreform wären. Herr Abg. Dr. Hueber, Sie haben sich fünftens beklagt, daß die Schulausschüsse in Wirklichkeit nur Beiräte sind. Es ist eine selbstverständliche Folge der gewählten Art der Trägerschaft, daß der Schulausschuß nur beratenden Charakter hat. In dem Augenblick, in dem man die Trägerschaft der Schullerichtung und Schulerhaltung einer Gemeinde überantwortet, in dem Augenblick, in dem die Schulsitzgemeinde zur Trägerin des Pflichtschulerhaltungswesens wird, ist es selbstverständlich, daß aus den Ausschüssen beratende Organe werden. Auf die juristische Polemik, ob man ein beratendes Organ Ausschuß oder nur Beirat nennen darf will ich mich nicht einlassen.

Dem Schluß Ihrer Ausführungen muß ich aber zustimmen. Es ist richtig, und wird von uns allen bedauert, daß dieses Pflichtschulerhaltungsgesetz mit solcher Verspätung in Behandlung gelangt ist und noch durch den Einspruch des Bundes abermals um 1 Jahr verzögert wurde. Immerhin, jetzt ist es da und wir wollen nicht allzuviel Klagen in die Vergangenheit schicken. Richtig ist ferner, daß ebenso wie das Pflichtschulerhaltungsgesetz auch das Berufsschulerhaltungsgesetz überfällig ist und daß dieses, wie die Entwicklung zeigt, mehr als notwendig wäre. Man liest in der Zeitung von Spatenstichen und vom Bau neuer Berufsschulen und weiß, daß das Land sehr viel Geld zu diesen Schulen beitragen muß, ohne daß sich der Hohe Landtag und die Hohe Landesregierung mit den notwendigen Millionen bisher auch nur irgendwie beschäftigt hätten. (LH. Krainer: „Beim Voranschlag.“) (LR. Brunner: „Die Arbeiterkammer hat 1½ Jahre kein Gutachten abgegeben!“) (Abg. Wurm: „Wir haben schon 7 Gutachten abgegeben, sind immer zurückgewiesen worden!“)

Es ist jedenfalls hoch an der Zeit, daß im Berufsschulwesen Ordnung geschaffen wird und wir stimmen mit Ihnen überein, daß dieses Berufsschulerhaltungsgesetz so rasch als möglich kommen soll.

Meine Damen und Herren, sowohl das Berufsschulerhaltungsgesetz als auch das Pflichtschuler-

haltungsgesetz sind im Interesse des Landes dringend geboten. Diese Gesetze und die mit ihnen kommende Ordnung sind für die Gemeinden überaus wichtig. Unsere Gemeinden haben sehr große Aufgaben. Sie haben auch sehr große Schwierigkeiten. Wir stehen diesen Schwierigkeiten absolut verständnisvoll gegenüber und wir glauben nicht, daß ihnen mit diesem Gesetz neue Lasten aufgebürdet werden. Im Gegenteil, es wird durch dieses Gesetz die Last, die sie ohnehin tragen, etwas, wenn auch geringfügig, erleichtert und es wird eine Ordnung in die Materie, die sie verwalten, getragen. Man kann dem Hohen Hause bestimmt nicht vorwerfen, daß es gegen die Gemeinden sei und es ist zumindest übertrieben, von geknebelten Gemeinden inmitten unseres freien Landes zu reden. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Landesrat Abg. Dr. Koren: Ich werde meine Ausführungen noch in einem kürzeren Rahmen zu halten mich bemühen wie mein Vorredner, zumal er ja die Fragen, die Herr Abg. Dr. Hueber an die Regierungsparteien gerichtet hat, beantwortet hat in Formulierungen, denen wir uns zum größten Teil anschließen können. Wenn Abg. Dr. Hueber von Schulerhaltern gesprochen hat, so ist das wohl darauf zurückzuführen, daß die Freiheitliche Partei an den Debatten am 12. Juli 1958 nicht teilgenommen hat, sie mußte daher heute diese Sache zur Sprache bringen. Heute steht aber dieser Paragraph nicht mehr zur Debatte, weil er nicht zum Einspruch gehört und man kann es nur gewissermaßen als einen Nachtrag zur Diskussion auffassen.

Was Sie zum Schulausschuß gesagt haben, ist richtig: Wir haben in der Debatte vom 12. Juli darauf hingewiesen, daß uns der Wunsch jener Lehrervertreter zu schaffen gemacht hat, die vom alten Typus des Ortsschulrates eine hohe Meinung gehabt haben und nun bedauern, daß heute ein Organ nicht mehr vorgesehen ist und nicht mehr wirksam werden kann, das sich durch viele Jahrzehnte bewährt hat. Wir haben allerdings geglaubt, daß man durch den Einbau der Lehrervertreter in diese Ausschüsse oder Beiräte doch diesen Wünschen weitgehend Rechnung getragen habe. Es ist ja auch durchaus die Zustimmung von seiten dieser Lehrervertretungen erfolgt. Was die Verhandlungskomitees betrifft, die diese Paragraphen im Ausschuß vorberaten und dann das Gesetz zur Beschlußfassung vorgelegt haben, möchte ich folgendes sagen. Der Ausschuß hat sich eingehend mit der Vorlage befaßt und bei den §§ 29 und 36 ist es dann nicht weiter gegangen. Es kam zu keiner formellen Zurückweisung an die Regierung, aber es hat sich aus der Regierung ein Verhandlungskomitee gebildet, das diese strittigen Punkte in langen und ersten Besprechungen verhandelt und beraten hat. Ich glaube daher, daß der Makel der Verruchtheit auf diesem politischen Verhandlungskomitee nicht lastet. (Abg. DDr. Hueber: „Nicht jede Geheimverhandlung ist verrucht!“) (Abg. Dr. Kaan: „Wenn Sie dabei sind, nicht!“) (Gelächter.)

Noch ein paar Worte zum Schulbaufonds. Ich muß hier doch dem Herrn Dr. Schachner-Blazizek beipflichten, daß hier doch in erster Linie für die

Gemeinden etwas geschaffen wird. In jeder steirischen Gemeinde, vor allem in den kleinsten Gemeinden, werden die Kinder durch die Schulen anderer Gemeinden miterzogen. Denn gerade jene Gemeinden, die die meisten Lasten zu tragen haben, sind auch die kinderreichsten. Wenn die Kinder dann ihre Schulpflicht erfüllt haben, wandern sie oft in andere Gemeinden, um ihre Kenntnisse dort zu verwerten. Es ist daher nur billig und recht, hier einen Ausgleich zu schaffen, indem man alle Gemeinden des ganzen Landes gewissermaßen zusammenschließt zu einem gemeinsamen Schulbaufonds. (Abg. DDr. Hueber: „Nur mitreden sollten sie!“) Da die Höhe des Fonds jährlich mit dem Landesvoranschlag beschlossen wird, wird es ja auch immer in der Hand des Landtages liegen, hier die Grenzen zu bestimmen und übermäßige Belastungen auszuschließen. Ich glaube, daß mit den Bestimmungen über den Schulbaufonds eine bedeutende und wichtige Gesetzesvorschrift in diesem Gesetz geschaffen ist. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, ich schreite daher zur Abstimmung. Ich ersuche die

Abgeordneten, die dem Bericht des Herrn Berichtstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Damit haben wir die heutige Tagesordnung erledigt.

Bevor ich die Sitzung schließe, verlaute ich, daß folgende Landtagsausschüsse in nächster Zeit Sitzungen abhalten werden:

Mittwoch, 8. Juli, um 9 Uhr: Gemeinde- und Verfassungsausschuß; 11 Uhr: Finanzausschuß.

Die nächste Landtagssitzung und damit vermutlich die letzte in dieser Frühjahrgesetzgebungsperiode findet voraussichtlich Donnerstag, den 9. Juli, um 10 Uhr vormittags statt.

Für alle vorerwähnten Sitzungen werden schriftliche Einladungen ergehen.

Die Landtagssitzung ist geschlossen.

(Ende 18.20 Uhr.)